

# Aufstand der Gebirgskantone

Wasserzinsen Der Bundesrat will die Kraftwerksbetreiber und Konsumenten um 150 Millionen Franken entlasten

VON DORIS KLECK

Es war eine andere Zeit. «Insgesamt zeigen die Strompreise in den nächsten Jahren steigende Tendenz», schrieb der Bund 2009. Der Bericht bildete die Grundlage für die Erhöhung der Wasserzinsen. 2011 stiegen sie von 80 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung auf 100 Franken, 2015 auf 110 Franken. 550 Millionen Franken fliessen in die Kasse der Standortkantone und -gemeinden von Wasserkraftwerken.

Gekommen ist es anders. Die Betreiber von Wasserkraftwerken leiden unter einem Preiserfall: Überkapazitäten, tiefe Preise für Kohle und CO<sub>2</sub>, der starke Franken und starke Subventionen für erneuerbare Energien vor allem in Deutschland setzen der Wasserkraft zu. Allerdings sind davon nicht alle Stromkonzerne gleich betroffen. Diejenigen, welche viele gebundene Endkunden haben - sprich private Haushalte und kleine Unternehmen, die den Anbieter nicht frei wählen können - stehen besser da. Denn den kleinen Verbrauchern kann der Strom zu den Gesteigungskosten verkauft werden.

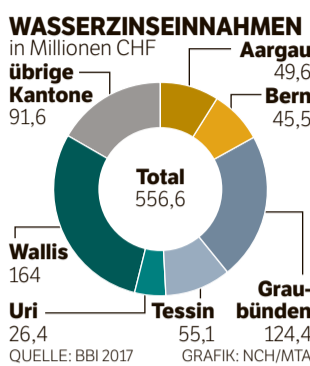
Ein Teil der Unternehmen ist also unter Druck. Doch auch die Kantone und Gemeinden kämpfen mit knappen Budgets. Vor allem für die Gebirgskantone sind die Einnahmen aus den Wasserzinsen erheb-

lich. In diesem delikaten Umfeld ist der Bund verpflichtet, die Wasserzinsen neu zu regeln. Denn die aktuelle Regelung läuft Ende 2019 aus. Der Versuch, einen gemeinsamen Nenner zu finden, scheiterte letztes Jahr.

## «Schritt in die richtige Richtung»

Darum macht nun der Bundesrat einen Kompromissvorschlag. Und er dreht das Rad zurück. Der maximale Wasserzins soll 2020 wieder auf 80 Franken sinken. Damit entgehen den Kantonen 150 Millionen Franken. Das ist allerdings nur eine Übergangslösung. 2023 soll ein flexibles Modell mit einem Sockelbeitrag und einem Marktpreis abhängigen Teil eingeführt werden. Bis dann soll nämlich die neue Strommarktordnung, welche unter anderem die Versorgungssicherheit regelt, in Kraft sein. Bundespräsidentin Doris Leuthard machte gestern deutlich, die Wasserzinsen dürften nicht isoliert betrachtet werden.

Zum Kontext gehört auch die Energiestrategie 2050: In der ersten Etappe wird die Grosswasserkraft mit 120 Millionen Franken gestützt - in Form einer Marktprämie. Gemäss Leuthard fehlen den Stromkonzernen jährlich 300 Millionen Franken, weil die Marktpreise unter den Gesteigungskosten liegen. Mit dieser Marktprämie und der Senkung der Wasserzinsen - die Hälfte kommt den Konsumenten



## DIE GRÖSSTEN PROFITEURE

### Nicht nur Berggebiete

Der Wasserzins ist eine Abgabe für das Recht, ein öffentliches Gewässer exklusiv zur Erzeugung von elektrischer Energie zu nutzen. Der Bund legt den maximalen Wasserzins fest. Gemessen an den Steuereinnahmen sind Wasserzinsen am wichtigsten für die Kantone Graubünden, Uri und Wallis (siehe Grafik). (DK)

zugute - werden die Betreiber um 200 Millionen Franken entlastet. Für Leuthard ist klar, dass die Firmen das verbleibende Defizit von 100 Millionen Franken selbst decken müssen, etwa indem sie die Kapitalkosten reduzieren: «Das ist nicht die Sache der Steuerzahler und Endkunden.»

«Als Schritt in die richtige Richtung» bezeichnet der Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen die Übergangslösung. Der Vorschlag bedeute eine notwendige Entlastung für die finanziell stark angeschlagene Wasserkraft, sei aber keine dauerhafte Lösung. Ähnlich tönt es bei den grossen BKW, Alpiq und Axpo, die sich für ein flexibles Modell aussprechen. Dagegen wehren sich auch die Gebirgskantone nicht grundsätzlich. Doch alles ist eine Frage der Ausgestaltung. Der Bundesrat schlägt einen Sockelbetrag von 50 Franken vor. Für die Gebirgskantone ist das zu tief, für die Axpo zu hoch.

### «Bitterer Vorschlag»

Vorderhand wird nun aber über die Senkung der Wasserzinsen gerungen. Die Gebirgskantone lehnen sie ab. Der Vorschlag sei «bitter», sagt der Bündner Energiedirektor Mario Cavigelli. Die Wasserzinsen seien nicht das Problem, sondern die Marktverzerrungen. Es könne nicht sein, dass auf Kosten der Gebirgskantone alle

Unternehmen giesskannenmässig entlastet werden, denn längst nicht alle hätten ein Problem. Was Cavigelli auch stört: Dass die privaten Konsumenten und kleinen Unternehmen von den tieferen Wasserzinsen profitieren sollen. Die Bevölkerung habe sich für die Energiestrategie und damit die Wasserkraft als wichtigsten Pfeiler ausgesprochen. Dafür sei sie bereit, die Marktprämie von 120 Millionen zu finanzieren. Dass nun 75 Millionen wieder an die kleinen Endverbraucher zurückgegeben werden sollen, sei weder gerecht noch entsprechen dies einer politischen Forderung.

Einen möglichen Kompromiss sieht Energiedirektor Cavigelli in einer Variante, die der Bundesrat ebenfalls zur Debatte stellt. Demnach sollen nur Betreiber in einer «präkären» Situation von einer Senkung der Wasserzinsen profitieren. Sprich: Nur für diejenigen Unternehmen, die von der Marktprämie profitieren wollen und ihre Zahlen gegenüber dem Bund offenlegten, würden die Wasserzinsen gesenkt. «Wenn schon ein Solidaritätsbeitrag der Gebirgskantone, dann nur dort, wo er wirklich nötig ist», sagt Cavigelli. Allerdings dürfte es ein solches Modell schwer haben. Der Berner BDP-Nationalrat und BKW-Verwaltungsratspräsident Urs Gache lehnt es als wettbewerbsverzerrend ab. Eric Nussbaumer, Baselbieter SP-Nationalrat und Energiepolitiker, nennt es zu aufwendig.

# Sommaruga will die Terrorabwehr verschärfen

Sicherheit Der Bundesrat will Dschihadreisende und andere Gefährder, die eine terroristische Straftat planen, prophylaktisch aus dem Verkehr ziehen.

VON DENNIS BÜHLER

Im Wochentakt ist von gelungenen und vereitelten Terroranschlägen zu vernehmen. Auch wenn die Schweiz bis anhin verschont geblieben ist: Das Gefühl der Bedrohung hat sich längst auch in unsere Köpfe geschlichen. Auch in jenen von Bundesrätin Simonetta Sommaruga: «Es geht uns allen gleich, wenn wir die Bilder eines Terroranschlags am TV sehen», sagte die Justizministerin gestern vor den Bundeshausmedien. «Wir denken: Es hätte auch mich und meine Familie treffen können.» Die Landesregierung will nun schärfer gegen Personen vorgehen, die terroristische Absichten hegen. Zwar werde auch in Zukunft niemand weggesperrt, nur weil er radikale Überzeugungen vertritt, versicherte Sommaruga. «Aber wir greifen ein, wenn jemand zu einer konkreten Gefahr zu werden droht.» Das Ziel: Anschläge verhindern, ohne rechtsstaatliche Prinzipien zu opfern.

Unter Strafe stellen will der Bundesrat unter anderem das Anwerben, die Ausbildung und das Reisen im Hinblick auf eine terroristische Straftat. Letzteres war schon bisher strafbar, wie Präzedenzurteile des Bundesstrafgerichts im Juli 2016 und des Bundesgerichts im März dieses Jahres verdeutlichen: Der von Strafverfolgern an einer Dschihadreise gehinderte Ahmed J. war von den Richtern in Bellinzona zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 18 Monaten wegen Versosses gegen das sogenannte El-Kaida- und IS-Gesetz verurteilt worden, die Berufungsinstanz in Lausanne wies seinen Rekurs ab. Die befristete und auf die zwei genannten Terrororganisationen be-

schränkte Rechtsgrundlage soll nun in einem neuen, umfassenderen Artikel dauerhaft ins Strafbuch überführt werden. Als Höchststrafe sind fünf Jahre Gefängnis vorgesehen, zudem droht die Landesverweisung. Diesen Vorschlag hat der Bundesrat gestern in die bis Mitte Oktober dauernde Vernehmlassung geschickt.

Der Bundesrat will auch die blosser Zugehörigkeit und Unterstützung einer Terrororganisation unter Strafe stellen: Mitgliedern drohen bis zu zehn Jahre Haft, Anführer müssen mit bis zu 20 Jahren Gefängnis rechnen. Wenn sie mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren, kann der Richter die Strafe mildern. Mit einer solchen Kronzeugenregelung kommt der Bundesrat einer Forderung von National- und Ständerat nach.

Viel verspricht sich Sommaruga von vertiefter internationaler Zusammen-

## Viel verspricht sich Sommaruga von vertiefter internationaler Zusammenarbeit.

arbeit. Bis anhin darf die Schweiz anderen Staaten für deren Ermittlungen Informationen erst übermitteln, wenn das Rechtshilfverfahren formell abgeschlossen ist. Das neue Konzept einer dynamischen Rechtshilfe soll nun das Tempo steigern. Eine verstärkte Kooperation wird auch zwischen den Meldstellen für Geldwäsche angestrebt. Die Schweizer Behörde muss heute Informationen aus dem Ausland über mögliche Terrorismusfinanzierung in der Schweiz unbearbeitet liegen lassen, solange nicht auch eine Verdachtsmeldung aus dem Inland vorliegt.»

Zusätzlich zu den gestern präsentierten Änderungen im Strafrecht will der Bundesrat noch in diesem Jahr zwei weitere Projekte zum Abschluss bringen: Erstens soll die Polizei präventiv gegen Gefährder vorgehen können. Geprüft würden aktuell Meldepflichten, Ausreiseverbote und Reisedokumentensperren, sagte Sommaruga. Zweitens arbeitet der Sicherheitsverbund Schweiz gegenwärtig an einem nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus.

## Glosse



«Baba Ghanoush» oder doch lieber Pommes frites? Billig ist beides nicht.

FACEBOOK/DENSMAA DARAM

## Klassenkampf in der Badi

Rot gegen Grün. Klassenkampf gegen Biofood. In der Stadt Bern sind die Gemüter erhitzt - nicht nur wegen der Temperaturen. Denn die Szene-Beizer übernehmen die Badis - weil bisherige Pächter nicht mehr wollten. Die neuen haben Ambitionen. Auch in den Badis soll mit Herz und Seele gewirkt werden. Sie sollen einen eigenen «Charakter» bekommen. So isst man mancherorts nun also «Baba Ghanoush» (Auberginenpaste) oder Hummus statt Bratwurst und Chicken-Nuggets. Das ginge ja noch.

Den klassischen Badi-Food gibt es nämlich schon noch. Allerdings ist er nicht mehr schlecht - dafür aber teuer. Ein

Hippster-Hotdog für 9.50 Franken ist Anlass für eine Polemik - die gar der Chefredaktor des Berner «Bund» kommentierte. Dazu muss man wissen: In diesem Hotdog steckt ein Schweizer Rindswürstli, Senf und Ketchup kommen nicht aus industrieller Produktion und das Brötchen ist nicht schlalbrig, sondern frisch gebacken. Dazu gibt es Röstzwiebeln. Kurzum: Der Hotdog ist eigentlich so, wie es die Stadtberner gerne haben. Er ist politisch korrekt! Mit Liebe gemacht aus hiesigen Zutaten. Moralisch absolut vertretbar.

Doch gilt das auch für den Preis? Nein, findet Tamara Funicello, Juso-Präsidentin und Berner Stadträtin. Sie be-

fürchtet eine Zweiklassengesellschaft, dass Menschen mit tiefen Einkommen ausgeschlossen werden. Um gegen die «Gentrifizierung der Berner Badis» zu kämpfen, hat sie kürzlich mit ihren Parteikollegen 200 Gratis-Hotdogs verteilt. Das Würstli kam, politisch ebenfalls korrekt, vom regionalen Metzger. Herstellungspreis: 1.50 Franken. Die Jungfreisinnigen wiederum zeigen in einem Video, wie man ein Sandwich für die Badi selber macht.

Was für ein Luxusproblem! Die Stadtberner haben es nämlich so schön: Der Eintritt ist in (fast) allen Badis ... gratis.

DORIS KLECK